



18. März 2016

CDU

53. Parlaments – Postille



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

die drei Landtagswahlen vergangenen Sonntag haben für die etablierten Parteien fast überall herbe Verluste gebracht. Wir freuen uns, dass die CDU mit Reiner Haseloff in Sachsen-Anhalt weiterhin den Ministerpräsidenten stellen kann. Aber ganz ohne Frage hat das Flüchtlingsthema den Wahlausgang deutlich beeinflusst. Als Antwort darauf müssen wir die Flüchtlingsproblematik konsequent und vor allen Dingen dauerhaft lösen. Scheinlösungen bringen uns nicht weiter. Deutlicher müssen wir uns auf unsere Stärken besinnen. Die Menschen wollen keinen Streit in der Union, sondern sie erwarten zurecht ein entschlossenes und einiges Vorgehen. Unsere Kernkompetenzen sind gefragt – wir müssen und können beweisen, dass wir kompromisslos für die innere Sicherheit und für eine realistische Integration auf Zeit stehen, bis der Fluchtgrund entfällt und die Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren. Wir wissen um den Wert der Religionsfreiheit, wir lehnen aber Parallelgesellschaften, die im Schatten falsch verstandener Toleranz entstehen, ab. Wir stehen für finanzpolitische Vernunft und lehnen einen Rückfall in die Verschuldungspolitik entschieden ab. Wir setzen die richtigen Rahmenbedingungen, um Deutschland als Innovationsmaschine zu erhalten und den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken.

Ein frohes Osterfest wünscht

Ihre Ingrid Pahlmann MdB

EU-Gipfel mit der Türkei

Der Europäische Rat hat in dieser Woche über weitere Schritte in der Migrations- und Flüchtlingspolitik beraten. Die mit der Türkei besprochenen Vorschläge galt es, weiter voranzubringen und die Einzelheiten mit der Türkei auszuarbeiten. Nur durch eine Kooperation aller europäischen Partner kann es gelingen, insbesondere Griechenland zu entlasten und gleichzeitig den ungeordneten Zuzug von Flüchtlingen zu verhindern. Das Angebot der türkischen Regierung, im Rahmen einer Rücknahmegarantie ein geordnetes Übernahmeverfahren für syrische Flüchtlinge einzurichten, wird insbesondere vor dem Hintergrund der geforderten Gegenleistungen sorgsam zu prüfen sein. Alle Wünsche der Türkei werden wir sicher nicht erfüllen können. Ein EU-Beitritt der Türkei steht ausdrücklich nicht auf der Tagesordnung.

Bundesverkehrswegeplan: Wichtige Weichen für Niedersachsens Infrastruktur

Am Mittwoch hat Bundesverkehrsminister Dobrindt den Entwurf des neuen Bundesverkehrswegeplans vorgestellt. Dieser stellt die Weichen für den Infrastrukturausbau in ganz Deutschland bis 2030. In den nächsten Jahren wird der Personen- und Güterverkehr weiter kräftig zunehmen. Hierauf muss unsere Verkehrsinfrastruktur bundesweit richtig vorbereitet sein. Das bedeutet umfangreiche Investitionen in den Erhalt der bestehenden Infrastruktur, aber auch Aus- und Neubau von Strecken. Insgesamt geht es bis 2030 um Straßen-, Schienen- und Wasserstraßenprojekte im Gesamtwert von 264 Mrd. Euro.

Der niedersächsische Anteil an den Investitionen für Aus- und Neubauprojekte in Bundesfernstraßen beträgt 12,3 Prozent vom Gesamtaufkommen. Das ist eine deutliche Steigerung. Im alten BVWP lag dieser Anteil bei 8,1 Prozent. Die wichtigen Projekte für Niedersachsen wurden alle berücksichtigt. Die Bundesregierung steht zum Infrastrukturausbau im Nordwesten. Alle niedersächsischen Großprojekte – die Küstenautobahn A 20, die Autobahn A 39, die Hafenhinterlandanbindung der Seehäfen Bremerhaven, Hamburg und Wilhelmshaven per Schiene aber auch das Schiffshebewerk Scharnebeck – wurden in den Vordringlichen Bedarf eingestuft. Gleiches gilt auch für die im Dialogforum Schiene Nord beschlossene erweiterte Alternative Alpha E anstelle der Y-Trasse. Schließlich beinhaltet der Bereich Wasserstraßen die Fahrrinnenanpassung der Unter- und Außenelbe sowie die Fahrrinnenanpassung der Außen- und Unterweser im Vordringlichen Bedarf. Die Hafenhinterlandanbindung Bremens und Hamburgs hat höchste Priorität, weil dadurch ein Engpass im Verkehrsnetz behoben wird. Die genauen Einstufungen aller niedersächsischen Vorhaben werden wir in den kommenden Tagen prüfen. Unser Ziel ist es, an der richtigen Stelle zu investieren, um das niedersächsische Verkehrsnetz voranzubringen. Auch der Ausbau der B 4 zwischen Braunschweig und Rötgesbüttel ist im vordringlichen Bedarf.

Eine wesentliche Neuerung ist außerdem die Öffentlichkeitsbeteiligung. Die Bürger sollen möglichst frühzeitig in die Planungen eingebunden werden. Jeder Bürger hat ab kommendem Montag die Möglichkeit, sich über ein spezielles Portal des Bundesverkehrsministeriums über alle Projekte in Deutschland, sei es Straßen-, Schienen- oder Wasserbau, zu informieren. Außerdem besteht die Möglichkeit, eine Stellungnahme über den verkehrlichen Bedarf der Projekte abzugeben. Nach Auswertung der Öffentlichkeitsbeteiligung folgt ein Beschluss des Bundesverkehrswegeplans durch das Bundeskabinett. Im Verkehrsausschuss des Bundestages werden wir uns die Ausbaugesetze und Bedarfspläne genau anschauen. Hierbei kann es durchaus noch zu Änderungen bei den einzelnen Projekten kommen. Am Ende muss auch noch der Bundesrat beteiligt werden.

Wohnungsbau vorantreiben

Das im Koalitionsvertrag vorgesehene Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen, welches mit den Ländern, kommunalen Spitzenverbänden, der Wohnungs- und Bauwirtschaft und weiteren

Akteuren geschlossen wurde, nimmt eine wichtige Rolle bei der Stärkung des Wohnungsbaus ein. Die Empfehlungen sind Grundlage des von der Bundesbauministerin vorgelegten 10-Punkte-Plans, der zu mehr Wohnungsbau führen soll. Der Bund setzt mit einem Maßnahmenbündel aus Baulandbereitstellung, steuerlichen Anreizen, Vereinfachung baurechtlicher Vorschriften Vereinfachung sowie finanziellen Mitteln zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus die Rahmenbedingungen für die Wohnungsbau-Offensive und unterstützt damit die Länder und Kommunen bei der Bewältigung und Umsetzung dieser Aufgabe.

Wir werden aber auch darüber nachdenken, wie wir wieder mehr Menschen die Chance geben, in selbstge-



nutztes Wohneigentum zu investieren. Die Eigenheimquote ist in Deutschland viel zu niedrig. Ein weiteres wichtiges Thema für uns ist ausreichender Wohnraum für Mehrkindfamilien. Familien mit mehr als zwei Kindern haben es häufig schwer, geeigneten und bezahlbaren Wohnraum zu finden. Als Familienpolitiker werden wir uns in der Fraktion dafür stark machen, zeitnah wirksame Maßnahmen zu entwickeln.

Innovative Arbeitsforschung für eine Humanisierung unserer Arbeitswelt und mehr Beschäftigung

Die Arbeitswelt befindet sich in einem stetigen Wandel etwa mit Blick auf die Digitalisierung von Arbeitsprozessen und die Auswirkungen des demografischen Wandels. Um Antworten und Lösungen auf die wegweisenden Fragen für die Arbeitswelt von morgen zu finden, ist eine gut aufgestellte, fundierte und umfänglich finanzierte Arbeitsforschung unverzichtbar. Aus diesem Grund unterstützen wir das vom Bundesforschungsministerium angekündigte Rahmenprogramm „Innovationen für die Produktion, Dienstleistung und Arbeit von morgen“, für das rund eine Milliarde Euro bis zum Jahr 2020 bereitstehen. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Umsetzung des Programms zeitnah vorzunehmen, die Einbindung verschiedener Netzwerke, Plattformen und Initiativen in Bund und Ländern zu gewährleisten und Fragen der Arbeitsforschung auf europäischer Ebene stärker

zu fördern. Entscheidend ist weiterhin, dass mit dem Programm eine wissenschaftliche Bestandsaufnahme erreicht werden kann, wie sich die Digitalisierung und vernetzte Automatisierung auf die Arbeitswelt, auf die Beschäftigten und die Beschäftigung in Deutschland auswirken werden.

Reform der Pflegeberufe

In 1. Lesung haben wir das Gesetz zur Vereinheitlichung des Berufsbildes des Pflegers anberaten. Dazu wird eine gemeinsame Ausbildung eingeführt, die allgemeine und spezielle Kompetenzen vermittelt. Bisher geschah dies durch gesonderte Ausbildungen (Gesundheits- und Krankenpflege, Kinderkrankenpflege, Altenpflege). Der neue generalistische Pflegeberuf ist aber nicht nur eine bloße Addition der Teilbereiche.

Der Zugang zur kostenfreien Berufsausbildung wird auch weiterhin Hauptschülern, die über eine zehnjährige abgeschlossene Schulbildung verfügen, offen stehen. Die Finanzierung der Berufsausbildung erfolgt im Wege eines von allen Akteuren des Pflegesektors getragenen einheitlichen Landesausbildungsfonds, wobei ein bundesweites Umlageverfahren Wettbewerbsnachteile zwischen Auszubildenden und Nichtauszubildenden künftig beseitigen wird. Auch wird das Ausbildungsspektrum um ein berufsqualifizierendes Pflegestudium erweitert.

In den nun anstehenden parlamentarischen Beratungen werden wir die zahlreichen Anregungen, Überlegungen und Bedenken, die uns dazu erreichen intensiv prüfen.

Tötung von Eintagsküken beenden

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will dem Töten männlicher Eintagsküken so schnell wie möglich ein Ende setzen. Dafür bedarf es aber praxisreifer und marktfähiger Lösungen. Ein nationales Verbot würde nur zur Produktverlagerung ins Ausland führen und wäre scheinheilig da es keinen Mehrwehrt für den Tierschutz bedeuten würde. Deshalb ist es wichtig, Alternativen für das Töten der Tiere zu finden.

Das Bundeslandwirtschaftsministerium fördert mit rund 5 Millionen Euro verschiedene Forschungsprojekte. Deutschland setzt sich damit an die Spitze der Bewegung für eine tiergerechte Lösung. Verfahren zur Geschlechtsfrüherkennung im Ei scheint die vielversprechendste Möglichkeit zu sein. Uns ist es wichtig, dass dieses neue Verfahren schnellstmöglich zum Einsatz kommt sobald die Forschungen erfolgreich abgeschlossen sind.

Andere von der Bundesregierung unterstützen Forschungsvorhaben, wie die sogenannten Zweitnutzungsrassen (eine Kreuzung von Mast- und Legerassen) werden bisher geringe Marktchancen zugetraut. Bei den Verbrauchern müssen wir das Bewusstsein dafür schaffen, dass mehr Tierwohl höhere Kosten zur Folge hat und die Bereitschaft wecken, diese Kosten mitzutragen.

Weiterentwicklung des Behindertengleichstellungsrechts

Die Rechtsstellung von Menschen mit Behinderungen wollen wir unter Berücksichtigung veränderter gesellschaftlicher und technischer Entwicklungen verbessern. Dafür sollen der Begriff der Behinderung mit dem der UN-Behindertenrechts-Konvention vereinheitlicht werden. Künftig sollen nicht nur für Neubauten des Bundes sondern auch Gebäude im Bestand moderne Standards der Barrierefreiheit gelten – insbesondere dort, wo Publikumsverkehr herrscht. Zudem sollen die Kommunikationshilfen für hörgeschädigte oder taube Menschen ausgebaut werden. Der Einsatz leichter Sprache bei Bescheiden der Rentenversicherung, der Bundesagentur für Arbeit sowie der Unfall- oder Krankenversicherung wird die Lesbarkeit für Menschen mit geistigen Behinderungen - aber auch ohne Lernbeeinträchtigung - erleichtern. Daneben soll eine Bundesfachstelle eingerichtet werden, die in Fragen der Barrierefreiheit berät und unterstützt. Eine Schlichtungsstelle bei der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen und ein kostenloses Schiedsverfahren sollen die Durchsetzbarkeit von Rechten behinderter Menschen erhöhen.

Ingrid Pahlmann MdB

Büro Berlin

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: (030) 22772341
Fax: (030) 22776067

Büro Gifhorn

Steinweg 5, 38518 Gifhorn
Tel: (05371) 728035
Fax: (05371) 728036

Büro Peine

Freiligrathstr. 4, 31224 Peine
Tel: (05171) 7902225
Fax: (05171) 7902226



CDU